

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorbehalt 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Kurze Biigenbeine.

Der geplagte Schwindel vom Vintoputtsch.

Die ehrenwerte gegenrevolutionäre Telegraphen-Union hat gestern die von uns bereits gewürdigte Schwindelmeldung von einem nahe bevorstehenden Kommunistenputsch mit französischer Unterstützung gebracht, worin es hieß, daß die Entdeckung des schrecklichen Anschlags zu Verhaftungen „in Berlin, Köln, Düsseldorf, Breslau, Breg usw.“ geführt habe.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die in diesem Fall eine unverdächtige Quelle ist, meldet nun in ihrer Montagabend-Ausgabe:

Von solchen Verhaftungen ist, wie wir erfahren, bisher an keiner der oben genannten Stellen etwas bekannt.

Bisher hat kein der gestimmungsrichtigen deutschnationalen Organe, die den Schwindel brühwarm und mit ernstgläubiger Miene abgedruckt haben, sich beeilt, diesen kleinen Nachtrag dazu zu veröffentlichen.

### Die Wahlen im Metallarbeiterverband. Kommunistische Niederlagen.

Berlin, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das endgültige Resultat der Sonntag- und Montagabstimmung der Berliner Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Jena liegt bis zur Stunde noch nicht vor, doch melden Freiheit und Fortschritt übereinstimmend einen großen Vorsprung der Liste der vereinigten USPD. und SPD. vor der der Kommunisten. Gezählt waren bis Redaktionsschluß etwa 31000 sozialistische gegenüber 23000 kommunistischen Stimmen.

Hamburg. Die Wahl stellte eine scharfe Machtprobe dar. Die Wahl hat 8440 Stimmen für die Liste der Mehrheitssozialisten und 3752 Stimmen für die Liste der Kommunisten ergeben. Das ist also nicht viel mehr als ein Drittel für die SPD. In der Wahl für die Ortsverbandstagung im Januar hatten die Kommunisten noch 5685 gegen 10 781 sozialistische Stimmen aufgebracht, also mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Hierdurch sind die Kommunisten bedeutend in den Hintergrund gedrängt worden.

Düsseldorf. Hier fielen zwei Drittel der gesamten Stimmen auf die Liste der vereinigten USPD. und SPD.

Bremen. Hier siegte die Liste der Anhänger der Amsterdamer Richtung.

Wie die Note Fahne meldet, marschieren in Stuttgart, Nürnberg und Göttingen die Kommunisten an der Spitze. In Merdau erhielt die SPD. 531 Stimmen, die vereingte SPD. und USPD. 421 Stimmen.

### Das stetig gefährdete Fahrbanern.

München, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die polizeilichen Bochner-Methoden aus München sind in der Provinz lebhaft nachahmung. So wurde in einem kleinen Städtchen, Wunsiedel, eine Konferenz der sozialistischen Proletariatsjugend Bayerns am vergangenen Sonntag abgehalten. Für Sonnabend vorher war eine öffentliche Jugendversammlung anberaumt. Eine Anzahl auswärtiger Jugendgenossen und Genossinnen waren erschienen. Das war Grund genug, um die Wunsiedler Polizei auf die Beine zu bringen. Um 6 Uhr abends erschien bereits der Polizeisekretär im Versammlungsort. Die Versammlung war ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt.

Als sie aber um 1/2 9 Uhr noch nicht eröffnet war, erklärte der Polizeigewaltige, daß er die Versammlung schließen müsse. Dem Referenten verlangte er kraft seines Amtes eine Legitimation. Die ganze Polizeiaktion scheint vom Bürgermeister auszugehen, der im Frühjahr dieses Jahres schon einmal die Genehmigung zu einem Programm, das die sozialistische Proletariatsjugend zu einem Elternabend vorgelegt hatte, versagte, weil einige Gedächtnisreden darauf standen, in denen er Aufreizung zum Klassenhaß erklärte. Der Polizeipräsident Bochner kann stolz auf seine Jünger in der Provinz sein.

### Keine Mobilisation in Rußland!

Ein Protest Tschitscherins.

Die Kosta meldet aus Riga vom 22. Juli: Der Goldkommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, ist folgenden Demenit bekannt:

„Aus Warschau wird telegraphiert, daß eine russische Invasion vorbereitet wird, deren Ziel sein soll, in den Besitz der polnischen Getreideernte zu gelangen. Diese Behauptung ist eine schamlose Lüge. Desgleichen verbreitet man fortgesetzt Gerüchte über neue Mobilisierungen in Sowjetrußland. Aus polnischen Quellen stammen die Nachrichten von sogenannten militärischen Vorbereitungen Trozkis, die entlarvt worden sind. Alle diese Behauptungen sind böswillige Fä-

lschungen. Mit diesem Lügenfeldzug sollen uns neue Komplikationen bereitet werden.“

In Beschnit wird dazu noch gesagt: Andre nicht weniger lässenhafte Quellen verbreiten falsche Gerüchte von einer Truppenkonzentrierung gegen Polen oder Rumänien. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß Gerüchte dieser Art jeder Grundlage entbehren und nur Verleumdungen sind, die feindselige Ziele gegen die Sowjetrepublik verfolgen. In den Sowjetrepubliken hat weder eine Mobilisierung, noch eine Truppenkonzentration oder Vorbereitung einer militärischen Offensive stattgefunden.

### Eine Friedenshuldigung der Warschauer Sowjetmission.

D. C. Warschau, 25. Juli. Die russische Sowjetdelegation in Warschau hat der gesamten polnischen Presse ein Schreiben zugehen lassen, worin die Gerüchte über angebliche Kriegsabsichten und Rüstungen der Sowjetregierung aufs entschiedenste als eine böswillige Erfindung zurückgewiesen werden. Die Erklärung führt aus, daß Sowjetrußland, indem es den Weg der Zusammenarbeit mit den ausländischen Kapitalisten beschritten habe, vor allem die baldige Wiederherstellung normaler Beziehungen zu den übrigen Völkern erstrebe.

### Der Feldzug des französischen Proletariats gegen die französischen Kriegsverbrecher!

Paris, 25. Juli. In der Humanité erhebt Henry Barbusse gegen den Hauptmann Mattis vom 134. Infanterieregiment die Anklage, daß er bei Fleury 180 deutsche Krieger in einem Schützengraben nach Beendigung des Kampfes hingerichtet habe. Als das Bataillon zurückkam, habe sich der Oberst des Regiments über die geringe Zahl von 20 Gefangenen gewundert. Mattis habe erklärt, die anderen seien unten im Schützengraben geblieben. Nach dem Kriege habe der zum Major beförderte Hauptmann Mattis sich dieser Tat gerühmt.

Die französischen Proletarier erfüllen ihre Pflicht. Ebenso müssen wir deutschen Arbeiter sie tun. Die nationalsozialistische Presse verzeichnet diese Anklagen gegen französische Kriegsverbrecher mit Behagen, während sie nicht schamrot wird über den Schutz, den sie deutschen Kriegsverbrechern zuteil werden läßt.

### Der polnische Wiederaufbausekretär für Verständigung mit Deutschland.

Berlin, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein Sonderberichterstatter des Nieuwe Rotterdam Courant hat in Warschau einen Stimmungswechsel zugunsten einer Annäherung an Deutschland festgestellt. Aus seinen sehr umfangreichen Meldungen seien einige Sätze nach dem Berliner Tageblatt hervorgehoben: „Warschau wünscht natürlich eine allgemeine wirtschaftliche Annäherung. Bis heute sei Verkehr dafür nicht zugänglich. Der polnische Staatssekretär für Wiederaufbau erklärte dem Korrespondenten, daß er bereits zweimal Vorschläge in dieser Richtung gemacht habe. Jedesmal aber, wenn er über einen wirtschaftlichen Ausgleich sprechen wollte, antwortete Dr. Simons damals: „Politisch sind wir gegenüber Polen schwach, aber wirtschaftlich sehr stark. Deswegen behandeln wir wirtschaftliche Fragen nicht isoliert, sonst würden wir in den politischen Fragen Polen ausgeliefert sein.“ Simons wollte diese Dinge, so fährt der Korrespondent fort, nur in Beziehung miteinander verhandeln. Polen will freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland. Es erkennt vollständig die Notwendigkeit dieser Entwicklung seiner Beziehungen mit Deutschland an.“

### „Verfassungstreue“ eines Beamten und ihre Belohnung.

Karlsruhe, 25. Juli. Der Amtmann Baumann in Lörzach war vor einiger Zeit wegen Verweigerung des Eides auf die Verfassung auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers des Innern Remmele aus dem Staatsdienst entlassen worden. Der Amtmann streute darauf einen Prozeß gegen den badischen Staat an. Western hat das Landgericht das Urteil dahin ausgesprochen, daß die Entlassung ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt und deshalb unwirksam sei und daß Baumann heute noch badischer Staatsbeamter sei und als solcher Anspruch auf volles Gehalt habe.

Diese Nachricht müßte eigentlich schwarz umrandet werden und darüber stehen: Hier ruht die deutsche Republik. So weit ist es also mit ihr gekommen, daß ein Beamter der deutschen Republik, der den Eid auf sie und ihre Verfassung verweigert, nicht entlassen werden darf! Und so weit ist es mit den Gerichten der deutschen Republik, die in ihrem Namen „Recht“ sprechen, gekommen und so naht haben sie ihre Gesinnung enthüllt, daß sie solche Urteile zu fällen wagen. Aber das Karlsruhe Landgericht ist nicht Deutschland und die Arbeiterklasse wird den Herrschenden, die die Republik offen zu verhöhnen wagen, schon einmal die gebührende Antwort erteilen.

### Kabinettsberatung über den Frieden mit Amerika und Oberschlesien.

Berlin, 26. Juli. Gestern wurde eine Kabinettsitzung abgehalten, die sich mit dem Problem des Friedensschlusses mit Amerika sowie mit der ober-schlesischen Frage beschäftigte.

### Um Oberschlesiens Schicksal.

Der Artikel 375 des Versailler Friedensvertrages verpflichtet Deutschland, „hinsichtlich der Beförderung von Truppen in Ausführung des gegenwärtigen Vertrages einer im Namen der alliierten und assoziierten Mächte handelnden Behörde nachzukommen“. Danach war die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf das erneute französische Ersuchen, Truppentransporte nach Oberschlesien zu gestatten und die nötigen Transportmittel bereitzustellen, im Recht. Frankreich war in diesem Falle nicht als Vollzugsorgan des Willens der alliierten Mächte anzusehen. Es besaß keine ausdrückliche Legitimation zu seinem Verlangen und außerdem war das deutsche Außenministerium von der zuständigen Stelle darüber unterrichtet, daß England sich der Erlaubnis neuer Verbände nach Oberschlesien direkt widersetze.

Die französische Presse ist also nicht im geringsten befugt, über den ablehnenden Bescheid Deutschlands zu zetern und ihn als Frechheit und Unverschämtheit zu charakterisieren. Dem deutschen Minister des Auswärtigen war es nicht nur erlaubt, so zu sprechen wie er gesprochen hat, er war sogar verpflichtet, diesen Standpunkt einzunehmen, weil er im andern Falle unter Umständen Refrimationen von England und Italien hätte befürchten müssen. Der Versailler Vertrag ist zwischen Deutschland und der Gesamtheit der Alliierten abgeschlossen worden. Deutschland kann nicht einem der Verbündeten Zugeständnisse machen, mit denen die andern nicht einverstanden sind.

Diesem klaren und einfachen Tatbestand soll man hervorheben, es dabei aber durchaus vermeiden, nun irgendwie nach alldeutscher Manier in ein Triumphgeschrei über die deutsche Entschlossenheit zum Widerstand auszubringen oder die diplomatische Niederlage Briand's häßlich zu glossieren. Diese Niederlage steht fest. Der französische Ministerpräsident ist mit seiner Politik in eine Sackgasse geraten. Aber je stärker dieses Mißgeschick hier unterstrichen wird, um so größer ist die Gefahr eines Mißschlages, der für Deutschland unangenehme Folgen nach sich ziehen könnte.

Zunächst wird die französische Regierung sicher bemüht sein, die Scharfe auszuweichen und alles daransetzen, um den Truppentransport doch noch zu erreichen. Sie wird das Einverständnis Englands zu erwirken suchen und bereit sein, auf andern Gebieten ihre Ansprüche zurückzuführen, um in dieser Frage ihr Prestige zu wahren. Wir hören ja schon davon, daß sie bezüglich des Termins für die Konferenz des Obersten Rates mit sich reden lassen will, ihre Nachgiebigkeit aber von der Zustimmung zu der Verstärkung ihrer militärischen Verbände in Oberschlesien abhängig macht. Aber davon ganz abgesehen, ist die Truppenangelegenheit von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Lösung des ober-schlesischen Problems überhaupt. Wir dürfen uns nicht in der Illusion wiegen, als ob der Konflikt, der sich jetzt zwischen London und Paris entsponnen hat, Deutschland schon das Feldkriegsgebiet sichere. Mag England auch tatsächlich entschlossen sein, sich auf die Zuweisung der Kreise Pleß und Rybnik und eines Teiles des Kreises Kattowitz an Polen zu beschränken, so ist damit die Entscheidung noch keineswegs gefällt.

Zunächst kommt es darauf an, welcher Seite Italien beitreten wird. Seine Politik ist noch keineswegs geklärt, und gerade in den letzten Wochen lagen in Berlin Nachrichten vor, nach denen sich die römische Regierung dem französischen Standpunkt sehr bedenklich nähern sollte. Aber mag Italien stehen wie es will. Es ist unter allen Umständen kaum anzunehmen, daß England unmittelbare Brückierung Frankreichs will. Man hat in London die lebhaftesten Bedenken gegen eine allzu große Verstärkung des französischen Einflusses auf dem europäischen Kontinent, man wird es indessen sicher nicht zu einem Bruch innerhalb der Entente kommen lassen oder auch nur zu einer Verklümmung, die das weitere Zusammenarbeiten der beiden Mächte ernstlich in Frage stellen könnte.

Wir dürfen nie vergessen, daß die ober-schlesische Frage nicht isoliert für sich besteht. Sie ist nur einer der Gegenstände aus dem großen Bezirk der englischen und französischen Weltpolitik. Es gibt da Ausgleichsmöglichkeiten, die im letzten Augenblick in die Debatte geworfen werden können, und Deutschland muß sich gegenwärtig halten, daß es heute ebenso Objekt des Entente-Imperialismus ist wie beispielsweise die Türkei, Syrien oder das ostasiatische Festland.

Und noch eins ist zu berücksichtigen. In der englischen Presse finden wir die interessante Bemerkung, daß Frankreich nicht nur mit der Forderung der Entsendung einer Division von der Linie des gemeinsamen Handelns abgewichen sei, sondern daß auch die Wirtschaftsverhandlungen, die es mit Deutschland führe, allzu große Selbständigkeitsgelüste verrieten. Fürchte England, daß seine Interessen durch eine deutsch-französische Verständigung auf ökonomischem Gebiet geschädigt werden könnten? Hat es Sorge, daß auf diese Weise Frankreich am Ende industriell mehr erstarke als es an der Themse wünschenswert erscheinen mag? Fast sieht es so aus, als ob die Besprechungen, die zwischen Rathenau und Loucheur geführt werden, auch